

Informationsblatt | Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen

Zum Informationsfreiheitsgesetz – IFG

Christian



Jeding

Liebe Kolleginnen
und Kollegen!

Mit dem Ende der Amtsverschwiegenheit soll ab 2025 mit dem Informationsfreiheitsgesetz das Grundrecht auf Information eingeführt werden. Ob es diese Transparenz geben soll, ist eine politische Frage. Es besteht dabei zumindest die Chance, Leistungen in Städten und Gemeinden sichtbar zu machen. Was es aber dringend zur Umsetzung braucht: Mehr Personal und finanzielle Mittel! Es kann nicht sein, dass erneut Kolleg:innen in den Gemeinden mit Zusatzaufgaben belastet werden. Dafür machen wir uns stark!

- Statt dem bisher geltenden Amtsgeheimnis hat künftig (ab 2025) jede und jeder ein Grundrecht auf Information und das muss von Ministerien, Behörden und Gerichten über die Bundesländer bis hin zu jeder Gemeinde erfüllt werden. Mit dem neuen Gesetz soll ein verfassungsgesetzlich gewährleitetes Grundrecht auf Zugang zu Information eingeführt werden.
- Um dem Gesetz zu entsprechen (Einrichtung und Betrieb eines Informationsregisters, rascher Informationszugang) muss auch in die IT und automatische Lösungen Geld fließen. Die Budgets in den Kommunen geben das aber nicht her. Die finanziellen Spielräume sind auf dem Niveau des Krisenjahres 2020. **Wir fordern: Mehr Geld zur Umsetzung dieser gesetzlichen Vorlage!**

- Das Informationsfreiheitsgesetz bedeutet folglich einen deutlichen Mehraufwand.

- Das Bereitstellen von Informationen ist personal- und zeitaufwendig. Schon jetzt sind viele Kolleginnen und Kollegen aber überlastet, da in vergangenen Jahren immer mehr Anforderungen an die Kommunen gestellt wurden. Und jetzt kommt noch ein großer Brocken dazu.

Wir fordern: Wenn die Politik mehr Leistung will, muss sie auch für ausreichend Personal und Mittel sorgen!

- Wenn Städte und Gemeinden alles offenlegen müssen, dann sollte das auch für Firmen gelten, die sich um Aufträge der öffentlichen Hand bemühen. Auch **Sozialkriterien müssen bei der öffentlichen Auftragsvergabe** einen höheren Stellenwert bekommen!

- Bis dato gibt es keine brauchbaren Informationen über den Umfang der zusätzlichen finanziellen Belastung von Ländern und Gemeinden gegenüber der geltenden Rechtslage. **Wir fordern: Transparenz und Planbarkeit!**



www.younion.at/mitglied-werden

